

## Bankgeheimnis massiv verletzt

# Zürcher Justiz ermittelt gegen Cembra Money Bank

Fabian Baumgartner, Marcel Gyr  
16. Juli 2014



Die

Cembra Money Bank soll Kundendaten weitergegeben haben. (Bild: Keystone)

**Jahrelang soll die Cembra Money Bank einen Kreditvermittler mutmasslich illegal mit Zehntausenden von Kundendaten versorgt haben. Eine interne Untersuchung des Kreditinstituts zeitigte bereits Konsequenzen.**

Er gefällt sich in der Rolle des Kronzeugen gegen die Cembra Money Bank (vormals GE Money Bank): Mehrmals schon wurden ein ehemaliger Kreditvermittler und seine Mitstreiter bei Aufsichtsbehörden vorstellig, um sie zum Handeln aufzufordern. Die Vorwürfe, die der Mann, ein Mazedonier albanischer Herkunft, gegen seine frühere Arbeitgeberin erhebt, wiegen schwer. Ab 2003 sollen Mitarbeiter der Cembra-Filiale an der Zürcher Löwenstrasse ihn systematisch mit Kundendaten anderer Institute aus der Zentralstelle für Kreditinformationen (ZEK) versorgt und damit gegen das Bankgeheimnis verstossen haben. Der Kreditvermittler behauptet, sekundiert von SVP-Nationalrat und Rechtsanwalt Luzi Stamm sowie vom schillernden Rechtsberater Alfredo Borgatte, die Daten seien ihm zur Verfügung gestellt worden, um bei der Konkurrenz Kunden abzuwerben, vor allem solche mit albanischen Namen.

**Bis zum Lizenzentzug**

Nun hat sich auch die Zürcher Justiz in den Fall eingeschaltet. Es sei eine Meldung bei der Staatsanwaltschaft III eingegangen, die bei Wirtschaftsdelikten ermittelt, bestätigt Corinne Bouvard, Sprecherin der Oberstaatsanwaltschaft, Informationen der NZZ. Es laufe ein Vorabklärungsverfahren, die Vorwürfe gegen die Bank würden geprüft. Auf den möglichen Gesetzesverstoss aufmerksam gemacht hatte die Klägerpartei selbst.

Es geht um Zehntausende von Kundendaten, die sich im Lauf der Jahre ansammelten und vom Mazedonier fein säuberlich in seinem Büro aufbewahrt wurden. In der ZEK-Datenbank werden alle Kunden erfasst, die in eine Geschäftsbeziehung mit einem Konsumkreditinstitut treten. Laut dem Jahresbericht waren 2013 die Daten von 1,5 Millionen Personen abgespeichert. Wie die NZZ Anfang Mai berichtete, lagern die Dokumente nun bei der Finanzmarktaufsicht (Finma). Diese hatte sie im März dieses Jahres aus dem Büro des Vermittlers geholt. Die Finma prüft, ob durch die Herausgabe der Dokumente das Aufsichtsrecht verletzt wurde.

Sollte es eindeutige Anzeichen dafür geben, würde die Behörde ein sogenanntes eingreifendes Verwaltungsverfahren eröffnen. Ziel dieses Verfahrens ist es, den gesetzmässigen Zustand wiederherzustellen. Ist dies nicht mehr möglich, droht als schärfste Sanktion der Lizenzentzug. Genau das fordern der Mazedonier, Borgatte und Stamm.

Die Cembra Money Bank will mit Verweis auf das laufende Verfahren keine Stellung nehmen. Brigitte Kaps, die Leiterin der Unternehmenskommunikation, sagt, man habe bisher keine Kenntnis von einem Ermittlungsverfahren der Zürcher Staatsanwaltschaft. «Die Bank hat im Rahmen einer internen Untersuchung im Zusammenhang mit einem Kreditvermittler unter anderem auch personelle Massnahmen getroffen», sagt Kaps. Als Teil der Massnahmen seien einzelne Mitarbeiter der Filiale an der Löwenstrasse versetzt oder frühpensioniert worden.

Die Zentralstelle für Kreditinformationen (ZEK) wiederum war in einer internen Untersuchung zum Schluss gekommen, dass die Inhalte der Datenbank durch eine Filiale der Cembra Money Bank an den Vermittler gelangt sein müssen. «Für einen direkten Zugriff der Finanzgesellschaft des Vermittlers bestehen keine Anhaltspunkte», heisst es in einem Schreiben der ZEK.

## **Klage vor Handelsgericht**

Hängig ist vor dem Zürcher Handelsgericht auch eine Forderungsklage, in der der frühere Kreditvermittler 13,875 Millionen Franken für entgangene Provisionen verlangt. Er führt an, die Bank habe seiner Firma die Zusammenarbeit Ende März 2012 trotz weiterlaufendem Vertrag grundlos gekündigt. Bis dahin soll der Mazedonier der damaligen GE Money Bank beziehungsweise dem Vorgängerinstitut, der Bank Prokredit, während mehr als zwanzig Jahren rund eine Milliarde Franken an Konsumkrediten vermittelt habe – vor allem für Kleinkredite und Autoleasing. Damit hatte er laut eigenen Angaben zuletzt Provisionen von über zwei Millionen Franken pro Jahr verdient.

Gegenüber der NZZ spricht der Mazedonier immer wieder davon, dass es ihm bei der zivil- und strafrechtlichen Aufarbeitung des Falls nicht nur um das Geld, sondern vor allem um seine Ehre gehe. Eine interne Untersuchung der Bank im Frühling 2011 soll ergeben haben, dass die ZEK-Dokumente widerrechtlich an den externen Mitarbeiter weitergegeben wurden. Danach habe ihn das Kreditinstitut fallen gelassen, sagt der Mann. Aussergerichtliche Vergleichsverhandlungen, bei denen von einer Abfindung von 1 Million Franken für den entlassenen Kreditvermittler die Rede ist, sind letztes Jahr gescheitert. Sich selbst sieht der Mazedonier nicht im Unrecht. Er habe sich korrekt verhalten, beteuert er. Nun wolle er dem Recht zum Durchbruch verhelfen.